LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 16. Sitzung.

4. Sitzungsperiode 1933.

# Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 7. November 1933 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

---

**Vorsitzender** Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Stoebner, als Vertreter des Regierungskommissars für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Kiefer (DF)-Saarbrücken; Brück (DF)-Saarbrücken.

---

Die

## T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende zwei Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Abänderung und Ergänzung des preußischen Gesetzes über die Handelskammern vom 24.Februar 1870 in der Fassung des Gesetzes vom 19.August 1897;

2) Ergänzung und Abänderung der Verordnung wegen Waffenmißbrauch vom 14.Dezember 1931.

---

Der Ältestenrat hat einstimmig beschlossen, daß jeder Fraktion eine Stunde Redezeit zur Verfügung steht. Wir treten in die Tagesordnung ein und beraten zuerst die erste und dann die zweite Vorlage. Nach Verabschiedung der beiden Vorlagen kann zu allgemeinen Bemerkungen das Wort genommen werden.

Wir

A4 I

Wir kommen zur Vorlage 1 betreffend

Abänderung und Ergänzung des preußischen Gesetzes über die Handelskammern vom 24.Februar 1870 in der Fassung des Gesetzes vom 19.August 1897.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Becker, das Wort zur Abgabe seines Berichtes.

Abg. Becker (DF): Meine Dame und meine Herren! Die 3.,4.,5. und 8. Kommission befaßten sich in ihren Sitzungen vom 26.Oktober und 2. November ds.Js. mit der Vorlage. Ich darf den Text der Vorlage als bekannt voraussetzen und erspare mir daher, ihn nochmals vorzutragen. Die Fraktion der Deutschen Front hat in der Sitzung vom 26.Oktober eine Reihe Anfragen an die Regierungskommission gestellt, die im Protokoll über die Sitzung niedergelegt sind. Diese Anfragen an die Regierungskommission und die von der Regierungskommission gegebenen Antworten sind in der Presse veröffentlicht worden. Am 2. November sind in der Kommission nochmals Ergänzungsanfragen gestellt worden. Ich erlaube mir, dieselben kurz vorzulesen. Sie lauten:

Zu Frage 1 : Die Regierungskommission bezog sich in ihrer Begründung zur Vorlage auf angebliche Kundgebungen politischer Art, die früher stattgefunden haben sollen und die sie übersehen haben will. In ihrer Antwort auf diese Frage bezieht sich die Regierungskommission jedoch nur auf Fälle jüngeren Datums.

Abg. Becker bittet um Aufklärung des darin liegenden Widerspruchs. Auch liege ein Widerspruch in der Antwort auf die Fragen 3 und 6 vor. Da sich die beiden Antworten widersprechen, müsse eine davon unrichtig sein.

Zu Frage 8: Eine Antwort auf die Frage, welche Fälle der Neutralitätsverletzung der Regierungskommission bekannt geworden seien, ist nicht erfolgt. Eine Bekanntgabe der Fälle ist sehr erwünscht.

Wir haben auf diese Anfragen noch keine Antwort erhalten. Vielleicht ist es dem Herrn Staatskommissar heute möglich, Antwort zu erteilen.

Im übrigen wurde in der Kommission Klage darüber geführt, daß die Beratungsfrist so kurz bemessen sei, daß nicht alle Abgeordneten an den Sitzungen teilnehmen können.

Das Ergebnis der Beratung ist folgendes:

Die Deutsche Front lehnt die Vorlage ab.
Die Kommunistische Fraktion lehnt die Vorlage ab und kündigt Anträge für's Plenum an.
Die Sozialdemokratische Fraktion gibt ihre Stellungnahme zur Vorlage im Plenum bekannt.

---

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

**Vorsitzender:** Das Wort hat der Herr Staatskommissar !

**Staatskommissar** Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Die Regierungskommission hat mir folgende Antworten auf die in der Sitzung vom 2.November gestellten Fragen zugehen lassen:

Zu 1: Die Regierungskommission hielt es nicht für notwendig an die zahlreichen Fälle zu erinnern, wo die Handelskammer die Ergebnisse der Abstimmung,ohne sich der nötigen Objektivität zu befleißigen,präjudiziert hat.

Zu 3 und 6: Die Regierungskommission erblickt in den Antworten, die sie zu diesen Fragen abgegeben hat,keinen Widerspruch. Es standen ihr schon Aufsichtsbefugnisse zu. Diese Befugnisse hat sie jedoch durch den Verordnungsentwurf präzisieren und vervollständigen wollen.

Zu 8: In der Begründung wird nicht gesagt, es habe Fälle gegeben, wo die Handelskammer ihre Neutralitätspflicht verletzt hat. Die in dem Verordnungsentwurf vorgesehene Bestimmung bezweckt lediglich zu verhindern, daß auch in Zukunft von dieser Haltung abgewichen wird; nach gewissen in den letzten Monaten im Saargebiet gemachten Feststellungen zu urteilen, erscheint eine diesbezügliche Vorkehrung nicht unnütz.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher !

**Abg.** Levacher (DF): Meine Dame und meine Herren! Ich habe namens der Deutschen Front zur Vorlage betreffend

Abänderung und Ergänzung des preußischen Gesetzes über die Handelskammern vom 24.Februar 1870 in der Fassung des Gesetzes vom 19.August 1897

folgende

E r k l ä r u n g

abzugeben:

"Was nun die Handelskammervorlage angeht, so erkläre ich namens der Deutschen Front, daß wir sie natürlich ablehnen. Als ich die Vorlage in die Hand bekam, dachte ich unwillkürlich an ein bekanntes französisches Sprichwort:

"Cet animal est très mechant,
quand on l'attaque, il se défend."

Das heißt auf deutsch:

"Dieses Tier ist sehr bösartig, es verteidigt sich, wenn man es angreift."

Der Tatbestand ist doch ganz einfach!

Der Vorsitzende der Handelskammer, der nach geltendem Recht nicht Untergebener der Regierungskommission ist, hat gelegentlich einer Sitzung Ausführungen gemacht, die im übrigen

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

übrigen keinesfalls ein Überschreiten seiner Befugnisse darstellen. Das hat der Regierungskommission nicht gepaßt und sie hat darauf dem Präsidenten der Handelskammer eine Rüge erteilt, zu der sie nicht befugt war, die in der Form auch verletzend war und verletzend wirken mußte. Der Präsident der Handelskammer hat unter einstimmiger Billigung seiner Kammer sich gegen dieses Verfahren gewendet und zwar in einem Schreiben, das jedenfalls höflicher ist als das Schreiben der Regierungskommission an die Handelskammer. Das ist nun der Anlaß für die Regierungskommission geworden - und ich sage ausdrücklich, der Anlaß und nicht die Ursache - uns einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Handelskammer unter die Vormundschaft der Regierungskommission gestellt wird und zu einer Filiale der Abteilung des Herrn Morize gemacht wird. Daß die Handelskammer der Regierungskommission schon längst ein Dorn im Auge war, wissen wir alle. Wir sind aber auch der Ansicht, daß das Vorgehen der Regierungskommission eine Überschreitung ihrer Befugnisse und eine Verletzung des Saarstatuts, wie es der Versailler Vertrag garantiert, darstellt.

Ich folge den juristischen Darlegungen der Handelskammer, wenn ich ausführe, daß der § 28 dieses Statuts ausdrücklich bestimmt, daß die Bewohner des Saargebietes unter der Überwachung der Regierungskommission ihre örtlichen Vertretungen behalten. Die Handelskammer ist als Selbstverwaltungskörper von Industrie und Handel auch eine Vertretung der Einwohner des Saargebietes. Der Ausdruck "örtliche" Vertretung bedeutet nicht etwa, daß es sich nur um Vertretungen handelt, die auf einen Gemeindebezirk beschränkt sind. Das erhellt schon daraus, daß bei einer solchen Auslegung die Kreistage nicht darunter fallen würden, was keineswegs gemeint ist und durch die Praxis widerlegt ist. Es ist festzuhalten, daß "örtlich" nur bedeutet, daß damit das Saargebiet im Gegensatz zu Deutschland, von dem es verwaltungsmäßig abgetrennt werden sollte, gemeint ist. Dieses "örtlich" findet sich auch in anderen Bestimmungen des Saarstatuts, so in den §§ 13, 15 und 30. Würde man in diesen Fällen "örtlich" nicht in dem obengenannten Sinne gebrauchen, so käme man nicht zu den Ergebnissen.

Die Regierungskommission hat übrigens selbst schon festgelegt, daß die Handelskammer eine örtliche Vertretung ist. Nach § 28 2 darf das Wahlrecht nur für die örtlichen Vertretungen ausgeübt werden. Die Regierungskommission hat aber die Wahl für die Handelskammer ständig vor sich gehen lassen und zwar auf Grund eines 1920 von ihr genehmigten Wahlstatuts.

Der § 28 ist aber die magna Charta des Saargebietes, die angesichts der überragenden Macht der Regierungskommission eine Garantie für die Saarbevölkerung darstellt. Vor dieser Garantie hört die Gesetzesbefugnis der Regierungskommission auf. Es bedeutet eine Verletzung dieser Garantie, wenn man die Handelskammer so wesentlich umbaut, oder wenn man sie nur dem Namen nach bestehen läßt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Charakter der Handelskammer als Selbstverwaltungskörper durch den Verordnungsentwurf der Regierungskommission grundlegend angegriffen wird. Außerdem verbietet die Treuhänder-Eigenschaft der Regierungskommission ihr einen Angriff gleichsam in die Substanz zu machen, indem sie die staatlichen Einrichtungen, vor allen Dingen die Rechte der Bevölkerung grundlegend ändert.

Die Regierungskommission verlangt von der Handelskammer und der in ihr vertretenen Wirtschaft des Saargebietes, daß sie sich vollständig von der Politik fernhalte. Das ist unmöglich. Politik und Wirtschaft lassen sich nicht voneinander trennen, am wenigsten im Saargebiet.

Ich

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

Ich erinnere nur daran, daß das Saargebiet, um es der französischen Politik reifer zu machen, durch die Zollgemeinschaft mit Frankreich in die französische Wirtschaft eingegliedert worden ist und daß man uns den französischen Franken als Landeswährung gegeben hat zu einem Zweck, auf den ich später zurückkommen werde.

Nun noch eine Bemerkung !

Die Regierungskommission beruft sich in sentimentaler Weise auf eine Äußerung des verstorbenen Herrn Louis Röchling. Ich bin von meinem Fraktionsfreunde Hermann Röchling ermächtigt, zu erklären, daß der Familie Röchling zahllose Äußerungen des verstorbenen Louis Röchling bekannt sind, die in keiner Weise geeignet sind, diese Vorlagen zu begründen oder die Tätigkeit der Regierungskommission in Schutz zu nehmen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Zur Verordnung betreffend

Abänderung und Ergänzung des preußischen Gesetzes über die Handelskammern

habe ich folgendes zu sagen:

Der Herr Abgeordnete Levacher hat seine Ausführungen begonnen mit den Worten:" Dieses Tier ist sehr bösartig." Ich will meine Ausführungen beginnen mit folgenden Worten: "Diese Tiere sind sehr bösartig", und zwar sowohl der deutsche als auch der französische Imperialismus, im Kampf um ihre Interessen aber insbesondere im Kampf gegen die saarländischen und die französischen Arbeiter.

Was geht aus vorliegender Verordnung hervor ? Nichts anderes als der Streit der beiden genannten imperialistischen Gruppen, wer die Prifitquellen im Saargebiet,d.h. die Saargruben, die Hütten und Fabriken besitzen soll und wer an der Saar das Proletariat und die Werktätigen in Zukunft in einem noch verschärften Maße wie bisher ausbeuten kann.

Es streiten sich zwei imperialistische Gruppen.Die Ausführungen des Abgeordneten Levacher, die Ausführungen des Vertreters der Deutschen Front in den Kommissionssitzungen haben das, was wir bereits in der Kommission gesagt haben, was man zwar abzustreiten versucht, immer wieder erneut bestätigt. Wenn man die Landeszeitung liest, die in einer Überschrift ausführt:"Der Völkerbund ist das Instrument für die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln." Wenn das stimmt, meine Herren, und das stimmt, wir können dem unsere Zustimmung geben, weil wir das nicht erst heute entdecken, wie die Landeszeitung, sondern wir haben das schon bei der Konstituierung des Völkerbundes gesagt, daß der Völkerbund ein Instrument zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, dann stellen wir die Frage: Was ist die Völkerbundsregierung im Saargebiet ? Dann dürfte nach unserer Auffassung die notwendige Schlußfolgerung sein, daß die Regierungskommission an der Saar auch nichts anderes ist als ein Instrument in den Händen der imperialistischen Staaten zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

(Zuruf des Abg.Röchling(DF): Bravo !)

Sie (zu Abg. Röchling gewandt) liefern doch denen das Kriegsmaterial.

Wenn die Völkerbundsregierung an der Saar eine Institution zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, wie steht der deutsche Imperialismus ? In dieser Tatsache ist er an dem Krieg interessiert, ist im Interesse der Arbeiter und Werktätigen im Saargebiet oder ob es hier nur geht um die Belange der deutschen Bourgeoisie. Dies steht vollkommen im Vordergrund, was natürlich Leute wie Röchling nicht hindert, Geschäfte zu machen auch mit den Franzosen.

(Rufe der Kommunisten: Sehr richtig !)
(Zuruf des Abg. Röchling: O je, o je !)
(Zuruf des Abg. Hey(KP): Der gehört in eine Menagierie!)

Wir brauchen nur die Saarbrücker Zeitung zu zitieren und dann haben wir den besten Beweis dafür. Die Saarbrücker Zeitung hat im April vorigen Jahres geschrieben, daß die Schwereisenindustrie an der Saar vom Deutschen Reich mehrere hundert Millionen Steuern und Zölle geschenkt bekommen hat. Die zweite Nachricht der Saarbrücker Zeitung datiert vom

A4 I

201

vom Februar ds.Js. und besagt, daß Herr Röchling beteiligt wäre an der Lieferung von 2500 Tonnen Stahl zum Festungsbau in Lothringen. Und wenn wir von diesen Gesichtspunkten an die Dinge herangehen, können wir sagen,"beide Tiere sind bösartig". Keines von beiden hat in diesem Kampf aber auch nur den geringsten Gedanken an die Nöten und Leiden der werktätigen deutschen Saarbevölkerung. Und das ist das, was uns als Kommunistische Fraktion bewegt in dieser Form zu der Handelskammerverordnung Stellung zu nehmen.

Wir als,Kommunisten sehen etwas besonders bemerkenswertes in dieser Verordnung und zwar den ersten Schritt der Regierungskommission, den unteren und mittleren Beamten das Streik-und Koalitionsrecht zu nehmen. Wir lehnen die Vorlage der Regierungskommission ab, und das geschieht nicht aus den Gründen, wie die der Deutschen Front. Wir geben auch nicht die Zustimmung wie die Sozialdemokratische Partei, die ja bereit ist, alles zu schlucken. Wir lehnen die Vorlage ab, weil die Regierungskommission die Verordnung erläßt, um den französischen Imperialismus gegen die Deutschen zu unterstützen. Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir uns keinen durchschlagenden Kampf, weder gegen den deutschen noch gegen den französischen Imperialismus von der Regierungskommission geführt, vorstellen können. Wir kennen nur die Interessen der Arbeiter,der Werktätigen, des Mittelstandes und der armen Bauern im Saargebiet, und die haben keine Veranlassung sich zu Gunsten der einen oder anderen Gruppe zu entscheiden. Wir brauchen nur einige andere Dinge aus Deutschland,Saargebiet und Frankreich aufzuzeigen, um zu sehen, in welcher Form und mit welchen Methoden der Kampf geführt und ausgetragen wird. Wir erinnern beispielsweise an die letzten Tage des Reichstagsbrandstifterprozesses. Wenn wir diesen Tag mit der Verordnung in Verbindung bringen,so deshalb, weil der preußische Ministerpräsident alles, was nicht mit seinen Ausführungen einverstanden war, als Lumpen und Gesindel bezeichnete. Der preußische Ministerpräsident hat bewiesen, wo die Lumpen und das Gesindel sind.

- Glocke des Vorsitzenden -

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Schellen Sie doch nicht, das sind doch Tatsachen !)

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Lorenz (KP): In aufsteigendem Maße versucht die Blutdiktatur mit allen Mitteln ihre in's Wanken geratene Macht und ihre Klassenbasis vor der ansteigenden revolutionären Welle zu verteidigen fertig gebracht, Arbeiter zu morden, die Massen noch tiefer in's Elend zu stürzen.. Aber ist einem Kapitalisten in Deutschland seitdem die Hitlerregierung am Ruder ist, auch nur etwas passiert ? Stellen Sie sich das Bild vor, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei sitzt mit dem Großausbeuter und Scharfmacher Röchling zusammen,

(Rufe der Deutschen Front: Bravo !)

der vorgibt, für die Rechte der Arbeiter einzutreten, und der den jugendlichen Arbeitern auf der Völklinger Hütte 82 Centimes Stundenlohn zahlt. Den jugendlichen Arbeitern wird erklärt, entweder geht ihr ein halbes Jahr in's Arbeitsdienstpflichtlager oder ihr bekommt keine Arbeit mehr. Ich möchte weiter den Werktätigen der Nationalsozialistischen

<u>Deutschen</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Deutschen Arbeiterpartei die Frage vorlegen, was sie mit Herrn Röchling gemeinsam haben. Es besteht die Tatsache, daß Herr Röchling einer der ersten war, der auf seiner Hütte als Bekenntnis zum Deutschtum den Faschistengruß eingeführt hat, den Gruß der Bluthenker. Er ist der Mann, auf dessen Hütte die Arbeiter durch giftige Gase um's Leben kommen. Ich nenne ein anderes Beispiel: Zwei kleine Kinder werden im Straßengraben bettelnd aufgegriffen. Auf die Frage der Polizisten, warum sie betteln gehen müssen, antworteten sie, unser Vater arbeitet bei Röchling und dort verdient er nichts. Wir erinnern noch an andere Dinge und zwar, in Deutschland hat man gesagt, die deutsche nationale Revolution habe 50 Opfer gekostet. Wir sagen dazu folgendes: Diese 50 Opfer hat der Bluthenker Adolf Hitler buchstäblich abschlachten lassen. Es sind natürlich dabei nicht die vielen Namenlosen, die gemeuchelt wurdem.

- Glocke des Vorsitzenden -

Wenn man den Zusammenstoß von Merchweiler in Betracht zieht, wo ein Arbeiter getötet worden ist, und er Führer der NSDAP. hat, wie uns berichtet wurde, sie anwachsende Nazihorde angeführt.

Wir haben eine Vorlage, die den Waffenmißbrauch verbietet. Ist es nicht ein Hohn von der Regierungskommission eine solche Verordnung vorzulegen angesichts der Tatsache, daß es im Saargebiet kein Beispiel gibt, daß Arbeiter mit der Waffe Mißbrauch getrieben haben, während die SS. und Sa. und die Polizeiorgane ihre Waffen fast täglich gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Menschenjagd von Saarwellingen. Mit einem der Polizei, von Nazis gelieferten Karabiner wurde der Arbeiter Herbert Lenker niedergestreckt. Keinem Arbeiter wird diese Verordnung etwas nützen, denn er ist nach wie vor doch keine Sekunde seines Lebens sicher.

Am 12. November ds. Js. soll das deutsche Volk abstimmen und seine Meinung sagen, ob es die Politik der Hitlerregierung billigt. Hätte das deutsche werktätige Volk ohne den Terror die Möglichkeit seine Meinung zu sagen, dann käme ein anderes Resultat heraus. Wie in Deutschland am 12. November gewählt wird, dazu ein Beispiel: Vor 4 Tagen wurde in einem Dorf in der Pfalz bekanntgegeben, daß derjenige, der nicht zur Wahlurne geht, keine Erwerbslosenunterstützung und keine sonstigen Zuwendungen mehr erhält und daß er noch obendrein in's Konzentrationslager gebracht wird.

(Zurufe: Hört, hört !)

Man soll doch dem deutschen Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung, wenn man so überzeugt ist von den "ungeheuren Ergebnissen" des "Aufbaues" des deutschen Erwerbsleben, die Möglichkeit geben, frei und ungehindert seine Meinung zu sagen. Die Hitler und Göring wollen das nicht.

Aber wir sagen, heute noch haben sie die Möglichkeit, den deutschen Arbeitern und Werktätigen mit Terror und Gewalt vorzuschreiben, was sie am 12. November zu wählen haben. Aber so, wie sie es am 12. November noch "vorschreiben" können, so sicher kommt der Tag, wo das deutsche Proletariat und die Werktätigen sich weder von den Bluthenkern noch von irgend jemand der Deutschen Front aber auch nur das Geringste vorschreiben lassen werden. Es ist ganz natürlich, daß am 13. November ein für die Hitlerregierung günstiges Wahlergebnis herauskommt, daß man sich eine Mehrheit zusammengelogen, eine solche Mehrheit zusammenterrorisiert und, wenn es notwendig war, ein paar Wahlurnen verbrannt hat. Es ist natürlich klar

klar, daß in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wahlergebnis weitere Hasardeutspiele stehen der Diktatoren, wie sie jetzt in der deutschen Regierung sind. Von diesem Gesichtspunkt aus gehen wir an die Frage heran und sehen in der Perspektive, im Verlauf der Entwicklung ein weiteres Zuspitzen des Kampfes der beiden imperialistischen Staaten des deutschen und des französischen. Und hier muß immer wieder die Frage aufgerollt werden, wo kann das Proletariat, wo kann der Arbeiter mit 82 Centimes Stundenlohn, dessen Kinder betteln gehen müssen, der kleine Handwerker, für den sie einen besonderen Ehrentag machen, den Handwerkersonntag, ausgerechnet die, die das Grab seiner Existenz geschaufelt haben, Passage-Kaufhaus usw., kann derjenige ein Interesse haben an dem Streit der beiden Imperialistengruppen und welches ? Wir sagen als kommunistische Fraktion: Nein, sowohl das Proletariat als auch die mit ihm verbündeten Werktätigen und armen Bauern können nur diesen Streit der beiden imperialistischen Gruppen ausnutzen, um für sie und in ihrem Kampf einen gewaltigen Schritt vorwärts zu kommen. Nach der hetzten Vollversammlung konnte man in fast allen deutschen Zeitungen und auch hier im Saargebiet lesen: Die Kommunistische Fraktion des Landesrates hat in ihrer abgegebenen Erklärung nicht gesagt, was sie 1935 konkret tun wird. Ich sage: Wir werden als die Führerin der Arbeiter und der Werktätigen an der Saar mit allen Mitteln, mit allen revolutionären Kampfmethoden im Kampf gegen die faschistische Diktatur gegen das Völkerbundsregime und gegen den französischen Imperialismus verhindern, daß das Saarproletariat und die Werktätigen an der Saar unter die Blutdiktatur Hitler-Goering kommen. Ebenso, wie wir das mit allen Mitteln verhindern werden, ebenso werden wir genau in derselben Schärfe den Kampf führen gegen alle Terror-Notverordnungen der Regierungskommission. Wir werden genau mit derselben Erbitterung, Stärke, Kühnheit und Entschlossenheit bekämpfen, alle sonstigen Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiter und Werktätigen im Saargebiet richten. Wir werden im Saargebiet - und das hebt die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation scharf ab - wir werden den Kampf führen sowohl gegen den deutschen Röchling als auch gegen die französische Grubenverwaltung. Wir führen den Kampf deshalb gegen die beiden Imperialistengruppen, weil das Ziel, das wir den Arbeitern und Werktätigen im Saargebiet stellen, heute noch so ist, wie es immer war. Unser Ziel ist, die Menschheit von der Geisel der faschistischen Blutdiktatur und dem kapitalistischen Hungerregiment zu befreien.

Wir sind der Auffassung, daß nur so zu der Verordnung der Regierungskommission, die Handelskammer betreffend, Stellung genommen werden kann. Wir können uns nicht damit beschäftigen, ob Karcher politisch oder unpolitisch war. Aus dem einfachen Grunde, weil für uns von vornherein feststanden hat: Wenn Karcher das Wort ergreift, dann nimmt er zu den wirtschaftlichen und damit auch zu den politischen Interessen des deutschen Imperialismus Stellung. Wir haben mit den Interessen der beiden Gruppen nichts gemein. Das Gesetz, das unser Handeln bestimmt, ist einzig und allein begründet in dem Klasseninteresse der Arbeiter im Saargebiet und den Interessen des werktätigen Mittelstandes und der armen Bauern.

Zu dieser Verordnung betreffend die Handelskammer stellen wir zwei Anträge und zwar:

1) Aufhebung jeglicher Beschränkung des Streiks-und Koalitionsrechtes der unteren Beamten und Angestellten;

2)

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

2) daß die Wahlen zur Handelskammer so ausgeschrieben werden, daß der Kleinhändler vor allem und allein das Recht hat, auch an den höchsten Stellen der Handelskammer seine Interessen wahrzunehmen.

Wir glauben nicht daran, obwohl Herr Becker wiederholt versicherte, daß er der Vertreter des Kleinhandels in der Handelskammer ist. Er vertritt den Kleinhandel genau so, wie Röchling seine Arbeiter vertritt und zwar so, daß sie buchstäblich verhungern. Und weil wir nur die Interessen der Kleingewerbetreibenden und Arbeiter kennen, haben wir zu dieser Verordnung die zwei Anträge zu stellen.

Im übrigen lehnen wir die Vorlage der Regierungskommission ab.

(Bravo-Rufe der Kommunisten !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

215

**Vorsitzender:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

**Abg. Lieser (SP):** Meine Dame und meine Herren!

Veränderte Situationen bedingen für die Verantwortlichen des Saargebietes neue Gesetzesmaßnahmen. Für die einzelnen Parteien neue, diesen veränderten Verhältnissen angepaßten Kampfesmaßnahmen. Deshalb gestatten Sie mir zur Begründung unseres Gutachtens einige einleitende Ausführungen.

Schon ein Blick in die Reihen der gewählten Vertreter in diesem hohen Hause genügt, eine in letzter Zeit vollzogene Änderung festzustellen. Leute, die noch im Jahre 1933 von dem derzeitigen preußischen Ministerpräsidenten Göring als schwarze Strolche bezeichnet wurden und von denen er behauptete, daß sie der roten und goldenen Internationale Schmiere gestanden hätten, Leute, von denen Göring noch am vorletzten Samstag in seiner Wahlrede in Essen betonte, daß er auch die Maulwürfe sieht, besonders wenn sie schwarz sind und die er in Preußen so wenig hochkommen läßt, als die kommunistischen Ratten und auf die er eines Tages zuschlagen wird - schade, daß Herr Kiefer entschuldigt ist - diese Leute haben ihre stolze Partei diesem Gewaltmenschen, diesen Vernichtern jeglicher freiheitlichen Regung untertänigst geopfert. Eine Partei, von der Sie immer mit Stolz behaupteten, daß der Zentrumsturm feststehe und niemals wanke. Leute, die nicht nur die eigene Partei opferten, sondern heute in den Reihen ihrer Peiniger sitzen. Eine echte deutsche Art. Aber nicht genug damit. Dieselben Leute forderten in ihrer Presse auf, zu ihrem Henker nach Trier zu fahren.

Männer, die sich noch vor nicht langer Zeit in diesem Hause gegenseitig als die schlimmsten Separatisten bezeichneten und ihre Behauptungen mit Beweis belegten;
Leute, von denen die Nazipresse noch im vorigen Jahre schrieb: "Wer den Separatismus will, wählt die Kaaspartei! Mit Heuchelei und Lüge hat das Zentrum stets seine politischen Geschäfte gemacht ! Das Kaasblatt, die Saarbrücker Landeszeitung, hat die katholische Religion zur Dirne der Zentrumspartei gemacht ! Die Leute vom Zentrum, diese Subjekte, die sich niemals um Volk und Vaterland, sondern nur um die Bonzenstellen kümmerten. Diese Verräterpartei mit ihrer französischen Separatistenfahne. Ihnen ging die Rettung von Parteipfründen über Volk und Vaterland, diese Separatistenbankerten ..." usw.
Leute, von denen dieselbe Presse schrieb:" daß der traurige Geldsackpatriot Röchling, der sich mit faulem Schwindel und Schmutz seine zwei Restmandate ergaunert hat, der sich zuerst an die Nazipartei heranpirschte, um schön Wetter bat, aber ein Fußtritt als Antwort erhielt, weil man mit Geldschrankpatrioten und niederem Gelichter nicht paktieren wolle und sich nicht an einen Tisch setzen könne;
Leute, über die immer wieder von derselben Stelle das folgende Gutachten abgegeben wurde:" Herr Schmelzer, der Frankenmillionär und Fraktionsführer. Die Spieser im Lande wählen die Schmelzerpartei. Man könnte heulen über die grenzenlose Einfalt und Instinktlosigkeit des Malermeisters Schmelzer, der den traurigen Mut gehabt hat, die weitere Abkapselung des Saargebietes von Deutschland, unserem Vaterlande zu fordern. In den Augen jedes Deutschen eine vernichtende, eine niederschmetternde Kritik an der gesamten plan-und stellenlosen Politikasterei der Partei Schmelzer, Hofer Frêres und Co.! Wir aber wollen keine Frontknechte Frankreichs sein. Wir verlangen Beseitigung aller Führer und Bonzen, die so gegen die Interessen unserer Heimat verstoßen", diese Leute, die von der Gegenseite jahrelang als verbonzte Volksvertreter, als vaterlandslose Parteihyänen, als Separatistenbankerten, als Frontknechte Frankreichs beschimpft

und

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

206

und gebrandmarkt wurden, sitzen heute in einem Topf zusammen; fürwahr ein herrliches Eintopfgericht. Sie sitzen beisammen, nennen sich unter Bezeugung des römischen Grußes Deutsche, mißbrauchen die heiligen Begriffe der Freiheit und des Deutschtums in der schäbigsten Weise.

Auf der anderen Seite hat sich dadurch auch eine erfreuliche Klärung vollzogen. Sie, meine Herren der Deutschen Front nennen sich National-Sozialisten. Solange es in Deutschland einen Sozialismus gibt, haben Sie denselben bekämpft und dem Kapitalismus gedient. Nur ab und zu, wenn Parteigeschäfte zu machen waren, haben Sie dem Sozialismus ein freundlicheres Gesicht gezeigt. Jetzt haben Sie sich wieder dort gefunden, wo Sie innerlich immer waren. Gewerkschaftssekretäre, Frankenmillionäre und Geldsackpatrioten nennen sich fälschlicherweise Sozialisten und wollen der Welt vorgaukeln, daß nur durch sie der wahre Sozialismus kommen könne. Sie sprechen von einer Besserung der Lage der Arbeiterklasse in Deutschland. Eine Besserung haben bis jetzt nur die verkündet, die durch das dritte Reich eine gut bezahlte Stelle gefunden haben. Könnte der deutsche Arbeiter, der deutsche Bauer, der deutsche Handwerker seine unbeeinflußte Meinung sagen,sie würde ein vernichtendes Urteil über diese angebliche Besserung fallen. Geändert hat sich nur eins: Früher sprach man immer von einer Arbeiterschaft und einem Unternehmertum und heute redet man umgekehrt: Arbeitertum und Arbeitgeberschaft. Doch genug damit. Diese innere Veränderung rechts der kommunistischen und der sozialistischen Freiheitsfront hat sich auch teilweise draußen im Lande vollzogen. Auch dort versucht man nach deutschem Muster unter Verleumdung der Führer der Freiheitsfront und unter dem schärfsten Terror jede freiheitliche Meinung zu unterdrücken. Wer sich als echter Deutscher gegen diese Unterdrückung zur Wehr setzt, wer sich nicht freiwillig an den Galgen bringen läßt, wird geächtet und zum Vaterlandsverräter gestempelt. Wie weit es kommen konnte, beweist ein Bericht des pfälzischen Merkur vom 7.10.1933, wobei bei einer vaterländischen Tagung in Zweibrücken ein saarländischer Vertreter - der Name wird schamhaft verschwiegen- unter dem Motto:" Im Westen die Besten" erklären konnte, daß er den Nörglern und Querulanten im Saargebiet den Galgen und Schandpfahl verspreche. Dies kennzeichnet die durch den Hitlerterror geschaffene politische Lage im Saargebiet am besten. Aber gemach, meine Herrschaften! Es soll einmal vorgekommen sein, daß einer, der einem anderen eine Grube graben wollte, selbst hineingefallen ist. Und man kann nie wissen, ob man an dem Galgen, den man für andere errichten will, eines Tages nicht selbst daran baumelt.

Daß sich die Regierungskommission unter diesen Umständen gezwungen sieht, im Interesse der Gesamtbevölkerung zur Abwehr dieses Terrors scharfe Maßnahmen zu ergreifen,dürfte für jeden vernünftig und Deutschdenkenden klar sein. Diese durch den Hitlerterror hervorgerufenen spannenden Situationen haben die Regierungskommission veranlaßt, eine Reihe Verordnungsentwürfe dem Landesrat vorzulegen, die den Zweck haben, den durch den Terror betroffenen Volksteil an der Saar zu schützen und die Grundlage der freien Betätigung und Meinung wieder herzustellen. Der Deutsche Rundfunk, dessen Regierung sich durch den Austritt aus dem Völkerbund der Verantwortung entzogen hat, glaubt der dem Völkerbund gegenüber verantwortlichen Saarregierung Anweisungen über ihre Regierungstätigkeit geben und die Regierungskommission zur Zurücknahme einiger Vorlagen veranlassen zu müssen. Man regt sich auf, daß der

Terror

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

207

Terror unter schärfere Strafen gestellt werden soll,denkt aber nicht daran, daß der Terror noch in keinem anderen Lande schlimmer wütete als im gegenwärtigen Hitlerdeutschland.
"Der Kampf der Saarregierung gegen die Saarfreiheit" ist ein Artikel des "Saar-Freund" überschrieben. Ähnlich wie ihr großer Führer, nennen sie Terror Freiheit. Freiheit ,die ich meine. Hitler sprach auch von der unblutigen Revolution, bei der nicht einmal eine Schaufensterscheibe zertrümmert wurde. Die Schaufensterscheiben wurden natürlich von Kommunisten und Marxisten, die sich in Hitleruniform eingekleidet hatten, eingeschlagen. Hunderttausende Flüchtlinge sind nur aus Deutschland abgewandert, weil sie das große Entgegenkommen und die volle Freiheit des neuen Reiches nicht mehr ertragen konnten, Tausende und Abertausende wollen nicht mehr aus den Konzentrationslagern, weil sie das dortige "angenehme" Leben nicht mehr aufgeben wollen. Hunderte und Tausende haben freiwillig ihr Leben durch "Selbstmord" der neuen Hitlerfreiheit geopfert, hunderte machen sich ein Vergnügen daraus, auf der "Flucht erschossen" zu werden. Aber in Deutschland - sagt der große Kanzler - ist nichts passiert.

Unter der großen Zahl der Verordnungsentwürfe beschäftigen uns heute nur zwei:"

a)Änderung des preußischen Gesetzes
über die Handelskammern
b)Ergänzung und Abänderung der Verordnung
wegen Waffenmißbrauch.

Zu beiden Vorlagen, die ein Bestandteil zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Saargebiet bilden, ist nicht viel zu sagen. Daß sie von der Gegenseite mißbilligt werden, ist klar und verständlich, obwohl ein Vorgehen, wie das des Handelskammerpräsidenten im dritten Reiche, auf das man sich immer gerne beruft, undenkbar wäre. Man stelle sich vor, ein Präsident einer deutschen Handelskammer, der vom Reichskanzler auf seine ihm zugewiesenen Pflichten aufmerksam gemacht wird, ließe sich hinreißen, dem Reichskanzler auch nur eine ähnliche Antwort zu geben, wie es der Präsident der Handelskammer Saarbrücken getan hat. Es würden doch nur wenige Stunden vergehen, um im Konzentrationslager in Dachau oder irgend wo anders Platz zu nehmen. Auch wir sind grundsätzlich für das freie Selbstverwaltungsrecht und Koalitionsrecht, die in Deutschland längst begraben liegen. In Fällen aber, wo dieses Recht über das gegebene Ziel hinaus zu Gunsten eines Kampfes, der die Unterdrückung eines Teiles der Bevölkerung zum Ziele hat, mißbraucht wird, muß diesem Mißbrauch entgegengetreten werden. Deshalb stimmen wir für den Verordnungsentwurf.
Wir geben auch dem zweiten Verordnungsentwurf unsere Zustimmung, weil wir in ihm in Verbindung der übrigen Vorlagen eine Zurückdrängung des Hitlerterrors an der Saar erblicken. Wer die Waffen hat und hereinbringt, zeigt ein Geheimbefehl des Gauleiters Bürkel vom Juli 1933, der in einer saarländischen Zeitung erschienen ist:

B e f e h l !

An alle Ortsgruppenführer der NSDAP. der Rheinpfalz.

"Ich befehle allen Ortsgruppenführern der SA. und SS. Mannschaften der Rheinpfalz, bei irgend einem Hilferuf einer Saargruppe unserer Partei sofort eine bewaffnete Gruppe mit Führer zur Verfügung zu stellen."

Bemerken

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

208

Bemerken möchten wir allerdings, daß es in Zukunft nicht mehr vorkommen darf, daß, wie viele Fälle beweisen, der Angeklagte freigesprochen und der Ankläger bestraft wird. Geschieht dies trotzdem, so werden der gutgemeinte Wille des Gesetzgebers und die besten Verordnungen ihre Wirkung verfehlen.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

---

Vorsitzender: Damit haben alle Fraktionen ihr Gutachten abgegeben . Die Vorlage 1 ist somit verabschiedet.

---

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

209

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

**Vorsitzender:** Wir kommen jetzt zur Vorlage 2 betreffend:

Ergänzung und Abänderung der Verordnung wegen Waffenmißbrauch vom 14.Dezember 1931.

Zu dieser Vorlage erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Becker das Wort zur Abgabe seines Berichtes.

**Abg. Becker (DF):** Meine Dame und meine Herren! Die Vorlage betreffend Waffenmißbrauch wurde in der Kommissionssitzung vom 2. November beraten. Die Vorlage sieht eine erhebliche Verschärfung der Strafen vor. Da dieselbe in der Presse veröffentlicht ist, kann ich darauf verzichten, sie vorzutragen. Sämtliche Fraktionen hatten sich ihre Stellungnahme bis zum Plenum vorbehalten.

**Vorsitzender:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Dr. Röchling !

**Abg. Dr. Dr. Röchling (DF):** Meine Dame und meine Herren! Ich habe namens der Deutschen Front zu erklären:

"Wir stimmen der vorliegenden Verordnung gegen Waffenmißbrauch vom 14.Dezember 1931 zu. Die Regierungskommission möge aus dieser Tatsache entnehmen, daß wir jede Maßnahme begrüßen, welche geeignet ist, zur Befriedung des Saargebietes beizutragen. Sie möge aber auch daraus erkennen,daß wir ebenso scharf, wie wir alles Positive in diesem Sinne unterstützen, alles Negative, soweit es von ihrer Seite kommt, zu bekämpfen gewillt sind. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Strafen, die hier für eine unbefugte Mitführung von Schußwaffen angedroht sind - zwei bis sechs Monate Gefängnis- und für die unbefugte Benutzung der Schußwaffen sechs Monate bis zu einem Jahr Gefängnis verhältnismäßig milde sind,wenn man die Strafandrohungen damit vergleicht, die in den übrigen Gesetzen, die uns in der nächsten Sitzung beschäftigen werden, vorgesehen sind. Wenn z.B. die Ergänzung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes gegen deutsche Beamte, die mit allen Fasern ihres Herzens an unserm Volkstum hängen, mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und mit Geldstrafen nicht unter 3000 Franken bestrafen will, wenn dieser Beamte an den Auseinandersetzungen über die Volksabstimmung teilnimmt, so steht diese Strafe in einem grotesken Gegensatz zu den sechs Monaten Gefängnis, die dem angedroht werden, der eine Gewalttätigkeit mit der Schußwaffe begeht, d.h. irgend jemand praktisch nach dem Leben trachtet. Noch viel toller ist der Gegensatz, daß ein Beamter mit Zuchthaus bis zu zwei Jahren bestraft werden soll, wenn er jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen versucht oder eine Handlung begeht, welche eine Freisprechung bewirken kann. Wer weiß, wie alle Maßnahmen beim Obersten Gerichtshof, der über diese Dinge entscheiden soll, rein von der politischen Seite betrachtet werden, wird mir zustimmen, daß der Gegensatz zwischen dem, was den Verbrechern gegen die öffentliche Sicherheit zudiktiert werden soll, und dem, was den selbstlosen Hütern dieser Sicherheit droht, himmelschreiend ist. Die Regierungskommission wird nicht behaupten können,daß diese Maßnahmen zur Befriedung unseres Saargebietes dienen, sondern sie schafft auf diese Weise den tollsten Unfrieden, den man sich denken kann."

(Bravo-Rufe der Deutschen Front !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Eine Verordnung, die im Interesse derer liegt, die unter der Knute des deutschen und französischen Imperialismus stehen, müßte dieses Merkmal tragen, es müßte eine Verordnung, die sich nur gegen die imperialistischen Verbrecher richtet, sein. Daß Herr Röchling der Vorlage betr. Waffenmißbrauch seine Zustimmung gibt, ist aus der Tatsache verständlich, daß die Röchling'sche Hütte die alten Aufsichtsbeamten entlassen hat und diese durch schwerbewaffnete SS. und SA.-Leute ersetzt. Außerdem ist es verständlich, weil Röchling eine besondere Motorradstaffel schafft, die sicher nicht dazu da ist, Sonntags auszufahren, sondern sie hat die Aufgabe, Streibruchkräfte schnell heranzuziehen und nicht nur das, sondern mit der Waffe in der Hand sollen diese Leute gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt werden. Auf dem Neunkirchener Eisenwerk hat die Werkspolizei jeden Dienstag und Freitag von 11 bis 12 Uhr Scharfschießen. Das geschieht mit Kenntnis des Arbeiterausschußmannes, der hier in der Deutschen Front sitzt. Dazu erklären die Betriebschefs, daß die Werkspolizei gerüstet sein muß, wenn die Marxisten kommen und wollen das Neunkirchener Eisenwerk haben. Ich erkläre hierzu, wenn die Kommunisten einmal kommen, dann ist es so, daß das Neunkirchener Eisenwerk als Privateigentum jetzt, in die Hände der rechtmäßigen Besitzer, der Hüttenarbeiter, geht.

Eine weitere Frage, wer hat bisher mit der Waffe Mißbrauch getrieben ? Vielleicht der Arbeiter Herbert Becker, der heute beerdigt ist, hat er den Karabiner mißbraucht ? Wie ein Stück Vieh wurde er gehetzt und gejagt und dann abgeschossen. Bei einer Veranstaltung, wo das junge Volk am Tanzen ist, kommt der Landjäger und bietet Feierabend. Die Räumung des Saales geschieht nicht sofort, der Landjäger zieht seine Pistole und schießt, ein Arbeiter bricht tot zusammen. Wer hat da und gegen wen Mißbrauch mit der Waffe getrieben ?

In Dudweiler, in der St. Ingberterstraße hat die NSDAP. Scharfschießen. Die Arbeiter, die die Polizei darauf aufmerksam machten, wurden mißhandelt. Vielleicht hat die Regierungskommission das Bedürfnis, auch heute morgen "Waffen"-Mißbrauch zu treiben, sonst hätte sie nicht Landjäger in Zivil hier in den Saal geschickt. Wenn irgendwo Arbeiter demonstrieren oder nur einen Ausflug machen, kommt die Polizei und ihr erster Griff ist entweder zum Säbel oder zur Pistole. Wir haben aber keinen einzigen Fall, wo nachgewiesen werden kann, daß einmal ein Arbeiter mit der Waffe "Mißbrauch" getrieben hat. Die Verordnung trifft aber nur die Arbeiter.

Nur ein Beweis: Ein Nationalsozialist geht über die Straße, uniformiert und bewaffnet, ein anderer Passant macht die Polizei darauf aufmerksam, die blaue Polizei von Saarbrücken verhaftet nicht den uniformierten und bewaffneten Nationalsozialisten, nein, sie nimmt den anderen Passanten, schleppt ihn vor Gericht und dort wird der Betreffende weil er Anzeige gemacht hat, zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Wenn wir ausgehend von einer solchen Situation, bei solchen Tatsachen zu dieser Verordnung Stellung nehmen, dann haben wir den Beweis erbracht, daß diese Verordnung betr. Waffenmißbrauch nichts ist, was den Arbeitern dienlich sein könnte. Wir erinnern desweiteren an die Grubenpolizei. Wenn ein Erwerbsloser an irgend ein Kohlenloch geht und holt sich dort ein paar Kohlen, warum ?, doch deshalb, weil er kalt hat, weil er nichts hat, um seine Kartoffeln zu kochen, gleich

kommt

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

kommt die Grubenpolizei. Das erste ist, die Waffe gezogen gegen diesen Arbeiter, der sich erlaubt hat, an das Privateigentum der französischen Grubenverwaltung nur einen Finger zu legen. Und wir sind der Auffassung, daß die Verordnung der Regierungskommission betreffend Waffenmißbrauch nur dazu dient, dem Arbeiter jede Möglichkeit, sich zu wehren, zu nehmen. Wir stellen auch das Problem. Wenn in einer Gesellschaftsform, wenn in einem Staate die Frage des Waffenbesitzes aufgerollt wird, so ist unser Standpunkt, daß der einzige rechtmäßige Besitzer von Waffen nur die Arbeiter und Werktätigen sein können. Sie werden sie, wenn sie sie mißbrauchen - ich will mich so ausdrücken - nur dazu gebrauchen, um ihre Peiniger los zu werden. Und wenn wir und die unter unserer Führung stehenden Arbeiter Waffen gebrauchen, um die Peiniger los zu werden, dann ist das nach Auslegung der Unterdrücker und Ausbeuter stets "Waffenmißbrauch".

Ein anderes Beispiel zur Sache. Ein Arbeiter ist mit seiner Frau in der Wohnung. Die Polizei nimmt an, daß er verbotene Zeitschriften im Hause hat. Die Landjäger und die blaue Polizei dringen mit vorgehaltenem Revolver ein. Was ist die Folge davon ? Das fünfjährige Kind wird so erschreckt von diesem brutalen Eindringen in die Wohnung,daß es wochenlang nachher noch krank ist. Und wenn der Vater sich dagegen wehrt, wenn der Vater nur zum Stock greift, dann ist es "Waffenmißbrauch". Und da sollen wir sagen,die Verordnung dient dem Arbeiter. Wie kämen wir dazu als Kommunistische Fraktion. Wir sagen es jedem, der es hören will, wenn der Arbeiter angegriffen wird, und wo wird er nicht angegriffen ? Morgens, wenn er an das Hüttentor geht, steht einer da, der aufpaßt, ob er auch "Heil Hitler" grüßt. Und wenn er im Betrieb ist, dann steht einer da mit dem Knüppel, der aufpaßt, ob er richtig seine Arbeit ausführt. So und nicht anders ist es auch auf der Grube. Dann muß der Arbeiter auch imstande sein,sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren. Deshalb ist es auch klar, daß wir einer solchen Verordnung der Regierungskommission unsere Zustimmung nicht geben können.

Ich darf noch eins nicht vergessen. Die "Hohe" Regierungskommission weiß schon seit einigen Tagen, daß in Neunkirchen sich ein Nationalsozialist herumtreibt, der steckbrieflich gesucht wird. Keinem Polizeibeamten ist es bisher eingefallen, auf diesen Hallunken eine solche Hetzjagd zu machen, wie auf den ehrlichen antifaschistischen Arbeiter,Herbert Becker. Die Regierungskommission weiß es, aber kein Polizeibeamter macht Hetzjagd auf ihn, um ihn zu fassen. Aber den antifaschisten Arbeiter Hermann Becker, den konnte man nur so fangen, daß die Polizeiorgane der Regierungskommission das Gerücht in Saarwellingen verbreiteten, er hätte einen Einbruch verübt und er sei mordverdächtig. So hat man die Menschenjagd organisiert, so wurde die Progromstimmung organisiert. Das ist man ja bei uns täglich gewohnt. Die Progromstimmung geht in Deutschland los und zeigt auch im Saargebiet täglich erneut praktische Ergebnisse. Wir sind der Auffassung, daß, wenn wir als Kommunistische Fraktion zu solcher Verordnung Stellung nehmen, daß wir dem Proletariat eine Richtschnur geben. Das Proletariat muß solche Verordnungen der Regierungskommission bekämpfen und unter Führung der Kommunistischen Partei dafür sorgen, daß der Tag kommt, wo wir begriffen haben, warum wir uns gegen alle kapitalistischen Verbrecher zur Wehr setzen, so zur Wehr setzen, daß sie endgültig und für allemal beseitigt werden und so ihr verbrecherisches Treiben endlich einstellen müssen,

daß

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

212

daß die Arbeiterschaft von der Geisel der Millionenverdiener, der Geisel der Geschäftemacher und von der Geisel der Kriegshetzer und des Hitlerregiemes befreit wird. Dazu muß das Proletariat ohne die Verordnung der Regierungskommission die Waffen in die Hand nehmen.

---

Vorsitzender: Damit ist auch die zweite Vorlage verabschiedet. Die übrigen Vorlagen gehen an die Kommissionen.

---

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

orsitzender: Das Wort Herr Abgeordneter Levacher !

bg. Levacher (DF): Meine Dame und meine Herren! Diese Vorlage, die uns heute beschäftigt, bildet nur einen Teil und zwar einen zusammenhängenden Teil der Vorlagen, die uns in den letzten Tagen zugegangen sind, die trotz ihres Inhaltes für uns keine Überraschung darstellen. Wer Genf und das Saargebiet so genau kennt wie leider wir, war sich darüber klar, daß Derartiges kommen würde. Das kleine Saargebiet war noch stets ein Spiegelbild der großen Welt und alle Vorgänge in der Weltpolitik haben stets ihre Wirkung im Saargebiet gehabt. Es war im Jahre 1923 als Poincaré die französischen Truppen in das Saargebiet einmarschieren ließ und die rheinischen Autonomisten, die nach dem Bericht des englischen Generalkonsuls Clive zum größten Teil Verbrecher und Dummköpfe waren, ihr Haupt erhoben. Da blieb es auch bei uns nicht ruhig. Da kamen die berüchtigten Notverordnungen des Präsidenten Rault, da kam der französische Franken. Der Notverordnung wurde eine ähnliche Begründung geben, wie wir sie bei den uns jetzt zugegangenen Verordnungen finden. Über die Notverordnung urteilte damals Asquith im englischen Unterhaus:" Man mag die geschichtlichen Berichte über Rußlands Vorgehen in der politischen Frage durchblättern, man wird kein ärgeres Beispiel despotischer Gesetzgebung, keine schlimmere Unterdrückung der Grundrechte freier Staatsbürger entdecken, als sie in dieser ungeheuren und lächerlichen Verordnung zu finden ist und diese Verordnung geht in die Welt hinaus mit Erlaubnis des Völkerbundes."

Die Einführung des französischen Franken wurde von der Regierungskommission damit begründet, daß sie die wirtschaftliche Lage des Saargebietes fördern soll. Die wirklichen Beweggründe kann man bei Barrs S.377 lesen.

"Die Angliederung des Saargebietes ,wie wird sie sich vollziehen ? Durch die Einführung des Franken. Die Bergwerke, die Hütten und die Verwaltung werden in Franken bezahlt. Die Arbeiterbevölkerung allein macht mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus; dann wird diese Bevölkerung nicht mehr zu einem Deutschland zurückkehren wollen, wo der Markkurs niedriger als der Frankenkurs ist. Ferner durch die unverzügliche Naturalisation vor der Volksabstimmung, welche die Volksabstimmung unnötig machen".

(Diese Bemerkung ist besonders pikant bei der gegenwärtigen Lage des französischen Franken.)

Nach diesen Erfahrungen sind wir gegenüber den Begründungen der Regierungskommission noch vorsichtiger geworden.

Nun kommt das Jahr 1933. Die im Völkerbund vertretenen Mächte halten es für gut, die Gleichberechtigung, die sie dem Deutschen Reich feierlich versprochen haben, dem neuen Deutschland nicht gewähren. Deutschland sieht sich um seine Ehre und Selbstachtung willen gezwungen, aus dem Völkerbund auszutreten. Französische Zeitungen verlangen offen den militärischen Einmarsch in Deutschland. Zahlreiche französische Gesellschaften zur Unterstützung der sogenannten saarländischen Autonomie werden gegründet. Wer die Politik Frankreichs kennt, wie sie auch nach dem Versailler Vertrag immer noch auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtet ist, - ich erinnere an das berüchtigte Wort von Barres:" Ich wünsche kein kriegerisches Deutschland, es darf nur noch friedliche Deutschländer geben"-, wird die ungeheuere Enttäuschung Frankreichs darüber verstehen, daß das deutsche Volk sich nunmehr zu einer unzerstörbaren Einheit zusammengeschweißt und damit alle Hoffnungen auf einen Zerfall in einzelnen Ländern zerstört hat. Nur das Saargebiet ist das einzige dieser Deutschländer geblieben, auf das sich noch die französische Annektionspolitik richten kann.

<u>Unter</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

214

Unter diesen Umständen ist es klar, daß auch das deutsche Saargebiet einiges zu erwarten habe. Und richtig, es kommen die neuen Verordnungen, in denen ein wahrer Platzregen von Gefängnis-und Zuchthausstrafen für die deutsche Bevölkerung angekündigt ist.

Ich habe im Jahre 1923 im Auftrage des gesamten Hauses, also sämtlicher Abgeordneten, zu der Notverordnung nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich ausgeführt:

"Die Regierungskommission hat unter dem 7.März ds.Js. eine segenannte Notverordnung erlassen, durch die die Verhandlungen des Landesrates und sämtlicher kommunalpolitischer Vertretungen sowie die Tätigkeit der politischen Parteien, der gewerkschaftlichen Organisation und sonstiger wirtschaftlicher Verbände aufs schwerste beeinträchtigt werden. Die Freiheit der Presse ist außerordentlich gefährdet, ihre Tätigkeit erschwert. Unter dieser Verordnung leidet das ganze öffentliche Leben. Sie bedeutet eine Art dauernden Belagerungszustandes für das gesamte Saargebiet. Durch sie werden die verfassungsmäßigen Garantien des Vertrages von Versailles für die Saarbevölkerung aufgehoben".

Ich wiederhole heute die Erklärung bezüglich der neuen Vorlagen. Es muß einmal mit aller Klarheit gesagt werden,daß es sich in der Regierungskommission allmählich eine Einstellung herausgebildet hat, die uns völlig unverständlich ist. Sie ruft bei mir eine Erinnerung aus dem Stellungskriege wach. Wenn wir abends unsere Meldungen gemacht hatten, dann kam es häufig von der Division zurück: Es ist also im Abschnitt alles ruhig bis auf den Abschnittskommandeur. So ist es auch jetzt, die deutsche Saarbevölkerung befindet sich in einer musterhaften Ruhe, nur die Regierungskommission ist von einer Nervosität, die sich lediglich aus ihrer volks-und landfremden Eigenschaft erklären läßt. Sie kann es nicht einmal vertragen, da der Führer der Deutschen Front preußischer Staatsrat ist, während es für Völkerbund und Regierungskommission früher ganz selbstverständlich war, daß der Präsident der neutralen Regierungskommission, Herr Rault, französischer Staatsrat war und sich dieses Titels auch stets bediente. Sie fängt an, sich in Angelegenheiten einzumischen, die sie nach meiner Meinung gar nichts angehen. Wie kommt sie zum Beispiel dazu, für sich das Recht zu beanspruchen, die Verwendung der Gelder, die wir zu wohltätigen Zwecken sammeln, zu kontrollieren und gegebenenfalls darüber zu verfügen ? Es ist schon schlimm genug, daß sie uns über die Verwendung der überaus hohen Steuern, die wir zu bezahlen haben, keine Rechenschaft ablegt, daß wir aber über unsere Wohltätigkeit ihr Rechenschaft abzulegen hätten, das geht doch entschieden zu weit. Die linke Hand soll zwar nicht wissen, was die rechte tut. Aber die Regierungskommission muß es wissen. Sie fühlt sich anscheinend verpflichtet, dafür zu sorgen,daß das, was von rechts gegeben wird, nach links weitergegeben wird.

Die Regierungskommission führt zur Begründung aus, sie sei verpflichtet, mit allen Mitteln die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Pflicht bestreite ich keineswegs. Ich muß aber an dieser Stelle sagen, daß nicht die Regierungskommission es ist, die die öffentliche Ordnung aufrechterhält, sondern die verantwortungsbewußte Selbstzucht des deutschen Volkes an der Saar. Aus diesem Grunde stimmen wir auch der zweiten Vorlage zu. Wir haben gar kein Interesse daran, hier irgendwelche Unordnung aufkommen zu lassen, denn wir wissen ganz genau, daß das für uns den Einmarsch fremder Truppen in das Saargebiet bedeuten würde und was das heißt, wissen wir aus Erfahrung auch nur zu gut. Ich gebe zu,

daß

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

daß hier und da der eine oder der andere Übergriff vorgekommen sein mag. Das ist aber auch bei der Regierungskommission der Fall, die zweifellos bei diesen Vorlagen ihre Befugnisse überschreitet.

Die Regierungskommission betont so überaus ihre Pflicht zur Neutralität und verlangt unter den schärfsten Androhungen diese Neutralität der Regierungskommission ihren Beamten gegenüber ? Ist das neutral, wenn in einigen Gesetzentwürfen die deutschen Gerichte ohne weiteres ausgeschaltet werden und sofort der Oberste Gerichtshof in Saarlouis als zuständiges Gericht bezeichnet wird, dessen Internationalität in diesen Tagen noch vergrößert wird. Ist es nicht für den deutschen Verwaltungsausschuß überaus verletzend, wenn er in dem Gesetzentwurf über die Handelskammer beiseite geschoben wird und das international zusammengesetzte Oberverwaltungsgericht an seine Stelle tritt. Ist das neutral, wenn die Untersuchung über den Notring unter Umgehung der deutschen Staatsanwälte sofort dem ausländischen Generalstaatsanwalt übertragen wird ?

Die deutschen Beamten werden, ohne daß man einen konkreten Fall zur Begründung angeführt hat so dargestellt, daß es der schärfsten Strafandrohung bedürfe, damit sie sich allen Bevölkerungsteilen gegenüber neutral verhielten.

Die Regierungskommission scheint sich den Beamten gegenüber zu dem Grundsatz zu bekennen:"Wes' Brot ich eß, des Lied ich singe". Wenn die deutsche Saarbevölkerung an das reichliche Brot denkt, das die Regierungskommission schon eher bekommt, so ist sie über das Lied, das die Regierungskommission jetzt zu singen beginnt, doch sehr erstaunt.

Die ganzen Vorlagen richten sich lediglich gegen den deutschen Teil der Bevölkerung. Die deutsche Saarbevölkerung hätte von der Regierungskommission ganz andere Maßnahmen erwartet. Wo bleiben die Maßnahmen gegen das landfremde und pflichtscheue Volk, das sich seit Monaten in das Saargebiet ohne Berechtigung eingeschlichen hat und das,wie die zahlreichen Einbrüche der letzten Zeit beweisen, zum Teil aus Gesindel besteht. Wo bleibt das Einschreiten gegen das Bettlerunwesen, unter dem die Saarbevölkerung so viel zu leiden hat. Wo bleibt ihr Einschreiten gegen die Terrormaßnahmen der Bergverwaltungen gegenüber den deutschgesinnten Bergleuten? Wo bleiben ihre Maßnahmen gegen den Zwäng der Grubenverwaltung, deutsche Kinder in die französischen Schulen zu schicken ? Das Feld der Regierungskommission,sich im deutschen Sinne der Bevölkerung zu betätigen, ist so groß und reich, daß die Regierungskommission auch wieder Gelegenheit hätte, das Vertrauen der deutschen Saarbevölkerung wiederzugewinnen, das sie durch diese Vorlagen restlos verloren hat. Nicht durch barbarische Strafandrohungen sichert man die Ordnung, sondern dadurch, daß man die Bevölkerung zur freudigen Mitarbeit gewinnt.

In den Vorlagen der Regierungskommission findet sich so oft das Wort "Friedensvertrag von Versailles". Die Regierungskommission soll das Wort nicht gebrauchen, denn der ganze Unfrieden in der Welt und insbesondere auch im Saargebiet über den die Regierungskommission so klagt, ist nur die Wirkung dieses sogenannten Friedensvertrages und die Friedlosigkeit in der Welt und im Saargebiet wird nicht eher aufhören bis dieser Vertrag aufgehoben ist. Das deutsche Volk an der Saar hat sein deutsches Vaterland in diesen Tagen gewiß um nichts mehr beneidet, als daß es aus diesem Völkerbunde, der zu einem Zerrbild seiner eigentlichen Bestimmung geworden ist, ohne weiteres austreten konnte. Wir müssen es

ja

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

ja leider noch bis 1935.unter diesem Regime aushalten. Das eine aber darf ich namens der in der deutschen Front vertretenen Saardeutschen ausdrücklich erklären:

Dürften wir am 12.November mit im deutschen Vaterlande abstimmen, ein freudiges Ja von 100 000 wäre dem Volkskanzler sicher.

(Bravo - Rufe der Deutschen Front !)

---

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pink!

Abg. Pink (KP): Meine Dame und meine Herren! Als Kommunistische Fraktion haben wir in der Vergangenheit wiederholt auf die kolossale Not der Erwerbslosen hingewiesen, die Entwicklung aufgezeigt und dementsprechende Anträge eingereicht. Ich möchte daran erinnern, daß, wenn die Kommunisten zur Not der Erwerbslosen gesprochen haben, ihre Anträge begründeten, immer wieder gesagt wurde: die Kommunisten halten Agitationsreden, sie stellen Agitationsanträge usw. Aber die Entwicklung, wie sie bis jetzt vor sich gegangen ist, hat nicht nur das bestätigt, was die Kommunisten in dieser Frage gesagt haben, sondern sie sieht in der grausamen Wirklichkeit noch viel schlimmer aus, als wie man es voraussagen konnte. Wenn wir heute einmal die Lage der Erwerbslosen betrachten, müssen wir feststellen, daß sie keine Schuhe, keine Kleider haben, daß sie unterernährt und krank sind. Und diese Tatsache ist doch der schlagendste Beweis dafür, daß das, was die Kommunisten gesagt haben, richtig war und daß ihre Forderungen für die Erwerbslosen, wie sie auch heute vorliegen, berechtigt waren und noch sind. Heute gehen im Saargebiet tausende Erwerbslose, tausende Betriebsarbeiter in den schlimmsten Hungerwinter hinein, ohne auch nur über das Notwendigste zu verfügen, um über den Winter hinweg zu kommen. Ein ganz charakteristisches Merkmal, meine Herren, ist, wenn man sich einmal der Mühe unterzieht, sich einen Tag in den Gerichtssaal zu setzen. Dort kann man feststellen, daß weit über 50 % aller Delikte, die zur Aburteilung kommen, begangen worden sind aus der wirtschaftlichen Notlage heraus. Dort kann man fast täglich erleben, daß Leute verurteilt werden, deren Verbrechen darin besteht, daß sie sich ein paar Stück Kohlen durch Kohlenschürfen gegraben haben. Nicht nur, daß man sie zu ihrer Not noch verurteilt - sie machen es bestimmt nicht aus Luxus-, sondern aus dem Bestreben heraus, ihre Familie, Frau und Kinder über den kalten Winter zu bringen, damit ihre kärgliche Stube etwas geheizt wird, damit die armselige Kartoffelsuppe etwas gewärmt werden kann. Wir haben auch Beispiele im Saargebiet, und in der letzten Zeit noch ein ganz typisches Beispiel aus Klarenthal, wo ein Erwerbsloser bei diesem wilden Kohlengraben sein Leben lassen mußte. All diese Dinge, die man in den Gerichtssälen miterleben kann, die Aburteilung von Diebstahl, wo sich der Erwerbslose Kartoffeln gestohlen hat, um seinen Hunger zu stillen, sie charakterisieren doch ganz treffend die Not der Erwerbslosen hier im Saargebiet und darüber hinaus die Not derer, die heute noch im Betrieb stehen und von den Leuten wie Hermann Röchling ausgebeutet werden bis auf's Blut. Aber nicht nur im Gerichtssaal, sondern noch an anderen Merkmalen macht sich die Not bemerkbar, daran, daß man heute in den Orten des Saargebietes massenweise Exmittierungen vornimmt, daß die Erwerbslosen aus den Wohnungen gesetzt werden. Ich selbst hatte am vergangenen Samstag Gelegenheit einen solchen Fall, der so typisch und so unverschämt aussieht, mitzuerleben. In Neunkirchen hat man eine Familie herausgesetzt. Man hat die gesamten Möbel in einen Möbelwagen auf ein Lager gestellt, und dort stehen die Möbel heute noch. Man hat den Leuten keine Wohnung gegeben. Sie mußten bei Freunden und Bekannten Unterschlupf suchen. Das Kind kam in's Krankenhaus, der Mann ging zu einem Freund, die Frau zu Bekannten. Wenn wir heute durch die Städte des Saargebietes gehen, dann sehen wir auf den Straßen, in den Hotels und Gasthäusern Schulkinder Streichhölzer und sonstige Kleinigkeiten verkaufen, damit sie ein paar Franken mitverdienen, um die ungeheure Not, die in der Familie herrscht, einigermaßen zu mildern. Außerdem, kann man heute doch feststellen, daß viele Familien, insbesondere

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

erwerbslose, dazu getrieben werden, daß wieder zum Kienspan greifen. Hunderte und aberhunderte Fälle kann man aufzeigen, wo man den Erwerbslosen das Gas absperrt oder den Strom abstellt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Licht und Gasrechnungen zu bezahlen. Ja, in vielen Fällen sperrt man ihnen sogar das Wasser ab, sodaß sie gezwungen sind, stundenweit zu laufen, um sich an einem Brunnen Wasser zu holen. Meine Herren, ich glaube, daß die vorstehend genannten Fälle dazu beitragen, die furchtbare und grausame Not dieser Bevölkerungsschichten im Saargebiet zu kennzeichnen.

In der letzten Zeit macht sich aber noch etwas sehr stark bemerkbar. Die vielen politischen Flüchtlinge, die vielen politischen Emigranten, die, vertrieben von ihrer Familie, vertrieben von Frau und Kindern, von diesen Mörderbanden drüben im Dritten Reich hierher ins Saargebiet flüchten müssen und zum größten Teil auf die Solidarität ihrer Klassengenossen im Saargebiet angewiesen sind. In diesem Zusammenhang wollen wir einmal eine Anfrage stellen an die Regierungskommission. Der Bürgermeister in Landsweiler bei Schiffweiler hat angeordnet, im Namen der Regierungskommission, daß keiner dieser Emigranten mehr Unterstützung bekommt. Der Bürgermeister von Bous beispielsweise gibt Anweisung an die Wohlfahrtskommissionen, daß alle Erwerbslosen, alle Leute, die ihnen einmal ein Mittagessen gegeben haben, keinen Antrag mehr von der Wohlfahrtskommission genehmigt bekommen.

(Rufe der Kommunisten: Hört, hört !)

Diese schändliche Maßnahme dieser Leute spottet einfach jeder Beschreibung.

Der Bürgermeister von Bous gibt Anweisung an die Wohlfahrtskommission, daß alle Leute, die Emigranten beherbergen, keine Unterstützung mehr bekommen.

Dann noch ein Wort zu dem Winterhilfsschwindel, den die Deutsche Front insbesondere die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei aufgezogen hat. Man muß sich einmal der Mühe unterziehen, wo die Funktionäre waren, die die Bedürftigen aufschreiben. Es wurde gefragt, wieviel Fett braucht ihr, 15 Zentner Kohlen, ja, es ist sogar vorgekommen, daß eine Familie gesagt hat, wir haben eine Kuh gekauft und konnten sie nicht bezahlen, da hat man die Kuh aufgeschrieben. Mit der Not der armen Leute wird Schindluder getrieben, denn wenn die Leute notiert sind, zwingt man sie, in den Notring, in die Frauenschaft, in den Bund deutscher Mädchen usw. zu gehen, und droht ihnen noch mit 1935. Und hier ist der Bürgermeister von Bous zu nennen, der verlangt, daß jeder, der zum Bürgermeisteramt kommt, "Heil-Hitler" grüßt.

Wir haben andere Beispiele, wo gesagt wird, wir haben durch diese großzügigen Maßnahmen sehr viel Geld gespart und brauchen diesen Winter nichts auszugeben. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei als gemeinster Büttelträger verhilft der Regierung dazu, noch mehr Millionen aufzuhäufen, noch mehr aus den Erwerbslosen herauszuschinden. In diesem Zusammenhang komme ich auf die Frage der Zurverfügungstellung von Geld durch die Regierungskommission. Wenn man dieses grausige Elend sieht und betrachtet die Summe, von drei Millionen Franken, die die Regierungskommission zur Verfügung stellt, so mutet das einen an wie Hohn. Mit drei Millionen Franken will man die Not lindern und das Charakteristische ist, daß dieses Geld den Verbänden zugeleitet wird und somit das politische Geschäft der NSDAP.



LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

unterstützt wird. Wir verlangen, daß die Regierungskommission zum mindesten diese Summe verdoppelt, also 6 Millionen zur Verfügung stellt.

Wir verlangen ferner, daß die Regierungskommission Anweisung ergehen läßt, daß die Gemeinden mit der Verteilung von Kohlen und Kartoffeln betraut werden und sie dafür verantwortlich macht. Es muß hier unbedingt eine Kontrolle stattfinden und zwar vom Erwerbslosenausschuß, der von den Erwerbslosen selbst gewählt ist. Nur auf diese Weise ist eine gerechte Verteilung gewährleistet. In vielen Fällen ist es so, daß alle Antifaschisten sich nicht von diesen Mordbanditen Kartoffeln geben lassen. Wenn man sieht, daß die Leute keine Schuhe, kein Geld und sonst nichts haben, so muß man in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Verwaltung dazu übergeht und die Leute zwingt, Pflichtarbeit zu verrichten. In der Gemeinde Bous ist es vorgekommen, daß die Leute eine halbe Stunde vor Schichtschluß beisammenstanden; der Bürgermeister kam dazu und fragte, warum arbeiten sie nicht. Als dann einer sagte, wir haben unser Pensum gemacht, wurde diesem Manne drei Tage die Unterstützung entzogen. Über solche Geschichten könnte ich dutzende Beispiele anführen. Betrachten wir uns weiter die tatsächliche Not unter den Kindern, was kein Geheimnis mehr ist. Weit über 50 % aller schulpflichtigen Kinder sind tuberkulös. Bei uns ist es vorgekommen, daß die Kinder kein Frühstück hatten als drei Pellkartoffeln. Wir haben unsere Anträge eingereicht und ich sage, wenn ich einige hier vorlese, daß es keine Agitationsanträge sind.

## A n t r ä g e

betreffend Winterhilfe.

--

„Zur Winterhilfe für die Arbeiter und Werktätigen an der Saar beschließt die Regierungskommission was folgt und stellt dazu die erforderlichen Mittel zur Verfügung:

Für die Arbeiter:

a) Für jede Feierschicht muß die Kurzarbeiterunterstützung bezahlt werden.

b) Restierende Beträge aus Steuernachforderungen für 1931/32 müssen für alle, deren Einkommen 1500 Franken im Monat nicht übersteigt, von der Gemeinde niedergeschlagen werden. Die dadurch ausfallenden Steuereingänge werden den Gemeinden durch die Regierung erstattet.

c) Alle aus den Gemeinden - Kreis-und Staatsbetrieben entlassenen Arbeiter werden wieder eingestellt. Die Belegschaftsstärke wird in allen genannten Betrieben wieder auf ihre Höhe vom 1.Januar 1931 gebracht.

d) Feierschichten und Krümpern werden in obengenannten Betrieben ab sofort eingestellt.

e) Die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der unteren und mittleren Beamten und Angestellten in den Gemeinde-Kreis und Staatsbetrieben sind rückwirkend ab 1.August 1933 um 10 % zu erhöhen.

Für

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Für Erwerbslose:

a) Die Unterstützung wird gewährt an alle Erwerbslose ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Staatszugehörigkeit. Ebenso den zur Schulentlassung kommenden Arbeiterkindern, die keine Beschäftigung finden.

b) Die Erwerbslosenunterstützung ist zu zahlen an alle proletarischen-politischen Emigranten.

c) Von der Unterstützung dürfen keinerlei Abzüge gemacht werden. Sie ist in ihrer vollen Höhe beschlagnahmefrei.

d) Aus, von der Regierungskommission bereitgestellten Mitteln wird den Erwerbslosen von der Gemeinde in den Wintermonaten geliefert: 3 Kubikmeter Wasser pro Kopf für Erwachsene und ein halb Kubikmeter pro Kind unter 14 Jahren, ebenso zwei Kubikmeter Gas bezw. zwei Kilowattstunden Lichtstrom pro Kopf für Erwachsene und 1/2 Kubikmeter Gas bezw. 1/2 Kilowattstunde Lichtstrom pro Kind im Monat frei.

Außerdem:

1) 25 Pfund Kartoffeln pro Kopf für den Erwachsenen und 15 Pfund für jedes Kind pro Woche.

2) Zwei Kilogramm Brot pro Kopf für den Erwachsenen und 1/2 Kilo für jedes Kind in der Woche.

3) 1/2 Liter Milch täglich für jedes nicht schulpflichtige Kind.

4) Ein Zentner Holz und 5 Zentner Kohlen pro Monat.

e) Die Erwerbslosenunterstützung wird erhöht um 10 Prozent, damit sie auf den Stand vor dem 1. Juli 1933 kommt.

Für Mieter und Kleinhausbesitzer:

a) Die Wohnungszwangswirtschaft wird sofort wieder eingeführt.

b) Die freien Wohnräume in den Gemeinden werden zum Unterbringen exmittierter Familien beschlagnahmt.

c) Der Mietpreis wird in allen Gemeinde-Kreis-und staatlichen Wohnungen, soweit die Inhaber derselben Arbeiter, untere oder mittlere Angestellte und Beamten sind, um 25 % gesenkt. Außerdem ist der Mietpreiserrechnungsfaktor um 25 % herabzusetzen.

d) Die staatliche Grund-und Gebäudesteuer wird von den Kleinhausbesitzern aus den Kreisen der Arbeiter und des werktätigen Mittelstandes nicht erhoben.

e) Für Reparaturen und Aufstockungen werden dem Kleinhausbesitzer zinslose und langfristige Darlehen gewährt.



LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

Für den werktätigen Mittelstand:

a) Die Miete für Räume, die der Ausübung des Gewerbes dienen, wird um 25 Prozent gesenkt.

b) Die Gemeinden haben die Licht-und Kraftstrompreise wie folgt festzusetzen:

Für alle Licht-und Kraftstromverbraucher, deren Einkommen 2500 Franken im Monat nicht übersteigt, beträgt der Preis, sowohl für Licht als auch für Kraftstrom, Selbstkosten plus 10 vom Hundert. Die dadurch ausfallenden Einnahmen der Gemeinden deckt in voller Höhe die Regierung.

c) Alle Nachtragssteuern aus den Steuerjahren 1931/32 werden niedergeschlagen, für alle Kleingewerbetreibende, deren Einkommen durch ihr Gewerbe 1500 Franken nicht übersteigt.

Für die proletarischen Schulkinder:

a) Alle Lernmittel für Kinder der Volksschule werden kostenlos geliefert.

b) Die Schulspeisung wird sofort eingeführt. Jedes Kind erhält vor Schulbeginn 1/2 Liter warme Milch mit einem Brötchen oder Weck. Nach Schulschluß ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch.

c) Aus Mitteln der Regierung, des Kreises und der Gemeinden wird an alle schulpflichtigen Arbeiterkinder geliefert: ein Paar warme Strümpfe, ein paar Unterhosen, ein Hemd, ein paar Schuhe und für Mädchen ein warmes Kleid, sowie für Knaben einen warmen handfesten Anzug.

d) Die Prügelstrafe ist verboten. Lehrpersonen, die diesem Verbot zuwiderhandeln, werden unnachsichtlich aus dem Schuldienst entlassen.

e) Alle den Interessen der Arbeiterschaft entgegenstehenden Lehr-und Lernmethoden sind verboten.

f) Die Zahl, der in einer Klasse befindlichen Schüler darf 30 nicht übersteigen.

g) Zur in jeder Hinsicht einwandfreien Unterbringung der Schüler haben die Gemeinden die erforderlichen Schulhausneubauten vorzunehmen.

h) Um auch den Arbeiterkindern die Möglichkeit einer weiteren Fortbildung zu geben, ist der Prozentsatz der Freistellen an allen höheren Lehranstalten auf 50 % aller Schüler zu erhöhen.

i) Die ärztliche Fürsorge für Arbeiterkinder in den Volksschulen wird ausgebaut auf vollständige und kostenlose Gesundheitspflege sowie Arzneimittelbeschaffung.

k) In regelmäßigem Turnus von drei Monaten ist jeder Schüler und jede Schülerin eingehend auf den Gesundheitszustand zu untersuchen.

In

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

In diesem Zusammenhang müssen wir zum Ausdruck bringen, daß man mit der Not der armen Leute politische Geschäfte und sich oben drein noch lustig darüber macht.

Wir wissen, daß es den Kommunisten vorbehalten bleibt, die deutsche und saarländische Bevölkerung sozial und national zu befreien. Wir werden unermüdlich arbeiten bis alle Erwerbslosen, Kurzarbeiter, kurz alle Ausgebeuteten befreit werden, und das kann nur erreicht werden durch rücksichtslosen Kampf. Mit vereinten Kräften werden wir das Mördersystem beseitigen und ein Rätedeutschland aufbauen, indem jeder Arbeiter Brot hat.

(Bravo-Rufe der Kommunisten !)

---

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun!

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Zunächst wollen wir Herrn Becker vom ehemaligen Zentrum Gelegenheit lassen, sich gemäß den Nazibefehlen der sogenannten "Deutschen Front" vor meiner Rede zu entfernen.

(Heiterkeit. Zwischenrufe: Kölsch-Hänneschen Theater der Deutschen Front. (Zentrumsarbeiter bleiben im Saal).

Man soll es den Herren nicht schwerer machen, als sie es schon haben. In den Kommissionssitzungen sitzen sie zwar mit uns und mit mir zusammen, ohne hinauszugehen, aber vor der Öffentlichkeit muß man doch so tun, als ob man täte.

Zur Rede des Herrn Levacher muß ich die Vorbemerkung machen, daß sie eine einzige Verurteilung der vierzehnjährigen Zentrumspolitik seit 1918 gewesen ist. Wenn Herr Levacher den Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund begrüßt und den Völkerbund als ein "Zerrbild" bezeichnet, dann muß man doch die Frage stellen: Ist nicht Deutschland unter Zentrumsführung und stärkster Regierungsbeteiligung des Zentrums in dieses sogenannte "Zerrbild" 1926 eingetreten? Man muß sagen, daß die Herren mit einer überraschenden Wendigkeit heute verbrennen, was sie gestern noch angebetet haben. Allerdings entspricht das ja nur ihrem außerordentlichen schnellen Übergang vom Christuskreuz zum Hakenkreuz. Für Deutschland möchte man allerdings schon heute voraussagen, daß der Zeitpunkt kommt, wo auch die jetzigen Zentrumsgleichschalter froh wären, wenn Deutschland noch oder wieder Mitglied des Völkerbundes, ständiges Ratsmitglied und gleichberechtigte Großmacht sein würde. Es war noch allezeit leichter, das Porzellan zu zertrümmern, als es hinterher wieder zu leimen.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Die sehr häßlichen Ausfälle des Herrn Levacher gegen die bedauernswerten Emigranten, die er als "landfremdes" und "lichtscheues" Gesindel bezeichnet hat, weise ich auf das allerentschiedenste und allerschärfste als eine Ungeheuerlichkeit und bodenlose Geschmacklosigkeit zurück. Die Zukunft wird beweisen, daß sich unter diesen Emigranten ein Teil der Besten der Nation befindet, die Deutschland gerade in den schwersten Stunden seiner Geschichte durch die Schuld Hitlers fehlen. Darunter befinden sich ja auch Parteifreunde des Herrn Levacher.

An und für sich verdient wohl jedes Opfer der barbarischen Hitlerbrutalität das menschliche Mitgefühl, unabhängig von der Parteieinstellung - aber solche Beurteilungen werden nur dazu beitragen, um uns für die Stunde der Abrechnung und Vergeltung so hart zu machen, wie es notwendig sein wird.

(Zurufe : Sehr gut !)

Herr Levacher hat einen Vergleich zwischen der Saarpolitik von 1923 und der von 1933 gezogen. Er hat nur eine Kleinigkeit vergessen, nämlich den 30. Januar 1933, der im Deutschland innenpolitisch eine Verbrecherclique und außenpolitisch Kriegstreiber ans Ruder gebracht hat.

Und

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Und wenn er sich auf eine Debatte des Unterhauses im Jahre 1923 beruft, so wird er ja mit uns davon überzeugt sein, daß eine gleiche Saardebatte im Unterhaus im Jahre 1933 von rechts bis ganz links eine einzige Verurteilung des Hitlerterrors und der "Deutschen Front" an der Saar brächte.

Wenn Herr Levacher als Zeuge der wahren politischen Absichten Frankreichs Herrn Barres zitiert, dann darf ich mich vielleicht für die Politik der Hitlerdespotie auf einen weit kompetenteren Zeugen berufen, nämlich auf seinen sogenannten "Volkskanzler" Adolf Hitler, der als sein außenpolitisches Testament der deutschen Nation empfiehlt, an ihren Grenzen kein gleich starkes Frankreich zu dulden und dagegen mit allen Mitteln und immer wieder vorzugehen.

(Inzwischen ist Herr Pfarrer Wilhelm vom ehemaligen Zentrum hereingekommen und nimmt Platz)

Herr Pfarrer, wird das keine nachteiligen Folgen für Sie haben, wenn Sie sich trotz des Nazibefehls während meiner Rede auf Ihrem Platz aufhalten?

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Ich bleibe hier, ich bin Horchposten!)

Das paßt allerdings recht wenig zu dem Kleid, das Sie tragen. Allerdings werden Sie ja sowieso gemäß Konkordat mit diesem Kleid im "Dritten Reich" nicht mehr Abgeordneter sein dürfen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Sie aber auch nicht!)

Ich will ja nicht ins Dritte Reich. Übrigens Herr Pfarrer stammen die soeben von mir zitierten Hitlerworte aus der neuen deutschen Bibel "Mein Kampf", der Sie ja wohl nach Ihrer restlosen Gleichschaltung in Zukunft vor der Christusbibel den Vorzug geben werden müssen.

Herr Levacher wollte witzig sein, aber es reichte nur zu einem Kalauer, als er davon sprach, daß an der Saar alles ruhig sei "bis auf den Kommandeur"-wenn er auch geruhte, einige Übergriffe hier und da zuzugeben. Es mag für Herrn Levacher den es persönlich nicht trifft, nur den Charakter eines bedauerlichen "Übergriffs" haben, wenn hunderte von Arbeitern und Angestellten und kleine Leute deshalb existenz-und brotlos gemacht werden, weil sie sich weigern, im Betrieb mit dem römischen Hitlergruß zu grüßen oder in den Notring einzutreten oder der Deutschen Front ihre Reverenz zu erweisen, oder weil sie an unseren Kundgebungen teilgenommen haben, oder weil sie sich weigern, aus der SPD und den freien Gewerkschaften auszutreten- für uns aber und die Betroffenen ist das bedeutend mehr als nur ein Übergriff- und davon darf die sogenannte Deutsche Front restlos überzeugt sein: Gegen diese Methoden und diese unerhörten Schweinereien werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bis zum äußersten ankämpfen und werden darauf bestehen, daß der Saar jenes Maß von Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenrechte für jeden einzelnen Saarbewohner auch wenn er sich nicht gleichschaltet, unter allen Umständen erhalten bleibt, das uns vertraglich zugesichert ist und auf das wir ebenso sehr einen Rechts-wie einen unverjährbaren moralischen Anspruch haben.

Herr Levacher hat wieder einmal das "Deutschtum" berührt, das seiner und der Seinigen Meinung nach nur auf ihrer Seite vorhanden ist. Es ist vergeblich, der sogenannten Deut- diese Front beibringen zu wollen, wie undeutsch

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

diese Verengung des Nationalitätsbegriffs und seine Gleichschaltung mit irgendeinem Staats-und Rassebegriff ist. Gerade weil wir deutsch sind, kämpfen wir gegen Hitler und seine Sprengung und Zerstörung der Nation. Deutsch sind die Sozialisten und Kommunisten, die Pazifisten, die Demokraten, die Juden usw. in viel besserem Maße als das, was sich heute bei Sa.und SS. herumtreibt, aber gerade deswegen zwingt sie ihr tiefer Begriff vom Deutschtum, gegen die hitlerdeutsche Schmach und Schande aufzustehen. Und daran wird keine Macht des Hakenkreuzes irgend etwas ändern, daß wir niemals zulassen werden, daß Hitlers Terror jemals über die Saar die Peitsche schwingt.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich habe gegenüber den Besorgnissen,die von kommunistischer Seite geäußert worden sind, mitzuteilen, daß die mit der Verteilung beauftragten örtlichen Wohlfahrtsstellen ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß die Verteilung nur nach Bedürftigkeit zu erfolgen hat, und daß politische und weltanschauliche Gesichtspunkte außer Betracht kommen müssen.

(Zuruf der Kommunisten: Sie machen es aber nicht!)

Wenn Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen bekannt werden, so bitte ich, dieselben der Abteilung Volkswohlfahrt mitzuteilen, welche derartige Fälle einer Nachprüfung unterziehen wird.

Ich muß weiter auf eine Angelegenheit zurückkommen, die sich gestern im Ältestenrat zugetragen hat. Es ist mir dort die Anfrage des Herrn Abgeordneten Becker zur Beantwortung in der Vollsitzung angekündigt worden, ob es richtig ist,daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen eine Überwachung der Telefongespräche im Saargebiet stattfindet. Die Frage ist heute hier nicht vorgebracht worden. Ich mußte sie jedoch pflichtgemäß der Regierungskommission mitteilen, um eine Beantwortung in der Vollsitzung zu ermöglichen. Ich habe nun den Auftrag erhalten, zu erklären, und zwar, obwohl die Anfrage in der heutigen Sitzung nicht wiederholt worden ist,daß die Frage nachdrücklichst verneint wird. Die Regierungskommission betrachtet die Anfrage als eine Beleidigung und ersucht den Fragesteller, sich zu den der Anfrage zu Grunde liegenden Behauptungen zu rechtfertigen.

---

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4
I

226

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri !

Abg. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Ich habe im Auftrag unserer Fraktion der Regierungskommission ein kleines Bündel von Wünschen und Anträgen noch zu unterbreiten:

Die Regierungskommission hat ein Winterhilfswerk eingeleitet, worauf die notleidenden Familien im Saargebiet sehnlichst warten. In der Höhe der zur Verfügung gestellten Mitteln erblicken wir aber nicht die genügende Bereitstellung, um die Not so zu lindern, wie es angesichts der Verhältnisse im Saargebiet notwendig erscheint. Wir beantragen, neben dieser Bereitstellung von drei Millionen Franken für Naturalien die früheren Unterstützungssätze, die vor dem 1.Oktober 1931 bestanden haben, das waren 20 % mehr wie heute, wieder ab 1.Dezember in Kraft zu setzen. Damit wäre den notleidenden erwerbslosen Familien ebenfalls gedient, und sie könnten sich in ihrer Notlage besser durchhelfen über die schwierige Zeit.

Bezüglich der Betreuung aus dieser Nothilfe bestehen starke Bedenken auch in unseren Reihen. Die Gleichschaltungen im Saargebiet und auch die damit verbundene Achtung der Andersdenkenden haben Gegensätze geschaffen, wie sie noch nie im deutschen Volke, noch nie im Saargebiet bestanden haben. Die sogenannte Deutsche Front hat in einer Reihe Gemeinden die Wohlfahrtskommission geändert, hat alle nicht gleichgeschalteten Parteien ausgeschlossen. Die Betreuungen aus dieser Winternothilfe werden auch demgemäß aussehen und von der Gleichschaltung abhängig gemacht werden. Die sogenannte Deutsche Front, welche bereits ein privates Parteihilfswerk mit karitativer Tarnung eingeleitet hat, darf nicht das alleinige Verfügungsrecht haben über die aus öffentlichen Mitteln aufgebrachten Naturalien und Geldbeträge. Die Wohltätigkeit darf nicht a benützt werden, um auf die notleidenden Andersdenkenden einen Druck auszuüben. Wir verlangen, daß in allen Kommunen des Saargebietes die nicht gleichgeschalteten Parteien bei der Betreuung aus dem Winterhilfswerk der Regierungskommission hinzugezogen werden.

Eine andere Angelegenheit habe ich zu äußern betreffend der Kurzarbeiterunterstützung für die Bergarbeiter. Dieselbe ist trotz monatelanger Forderungen immer noch nicht erledigt. Die Zähigkeit der Regierungskommission in dieser Angelegenheit ist einfach unverständlich. Entweder hat der Sozialminister, Herr Koßmann, kein Verständnis für diese nun schon Monate lang erhobene Forderung der notleidenden Bergarbeiter oder er setzt sich gleichgültig darüber hinweg. Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß Herr Koßmann, der selbst einmal einige Monate Bergarbeiter war, nicht lange genug diese Tätigkeit ausgeübt hat, um die Eindrücke, wie es den armen Bergarbeitern zu Mute sein muß mit ihren 18 Schichten, wenn sie keine Kurzarbeiterunterstützung erhalten. Es ist einfach ein unhaltbarer Zustand, daß zweierlei Recht in der Erwerbslosenfürsorge bezw. in der Kurzarbeiterfürsorge hier bestehen bleibt. Während der Hüttenarbeiter, der seine Feierschichten in einer Woche erledigen kann, für diese Woche nach der Gesetzgebung Kurzarbeiterunterstützung erhält, bekommt der Bergarbeiter, der in einem Monat 8 bis 10 Feierschichten hat,die nicht in einer Woche so, wie es die Bestimmung vorschreibt, eingelegt werden können, keine Unterstützung. Und wir verlangen, daß nun endlich dieses gesetzliche Unrecht wieder in Ordnung gebracht wird. Und wir fordern heute erneut - ich bitte den Herrn Staatskommissar, das der Regierung unbedingt vorzutragen -daß diese soziale Tat im Saargebiet endlich zur Wirklichkeit wird.

Eine

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Eine weitere Forderung erheben wir an die Regierungskommission betr. Knappschaftsgesetz vom 17.Juni 1912 in der Saarverordnung vom 28.März 1930. Gemäß diesem Gesetz können Bergarbeiter erst mit dem 55. Lebensjahr pensioniert werden. Durch die Belegschaftsschrumpfungen in den letzten Jahren sind eine große Anzahl Bergarbeiter über dem 50.Lebensjahr entlassen worden. Sie können keine Pension erhalten nach dem Gesetz im Saargebiet, weil sie noch keine 55 Jahre alt sind, obwohl sie 34 bis 38 Jahre Beiträge in die Pensionskasse gezahlt haben.

(Zurufe: Hört, hört !)

Das ist ein Zustand, der einfach untragbar und unmoralisch ist, daß der Bergarbeiter, der infolge seiner alten Tage nicht mehr in Arbeit kommen kann, daß er so lange Beiträge geleistet hat, sich seine Anwartschaft damit sichern will, und er kann nicht in den Genuß seiner Pension kommen.

Wir fordern hier die Übernahme des deutschen Gesetzes, das im Jahre 1924 in der Deutschen Republik eingeführt wurde, und es hätte schon längst, wenn man immer von Angleichungen an das deutsche Gesetz redet, im Saargebiet geschehen müssen. Es würde die Einführung vom finanziellen Standpunkt aus gesehen nicht erschwert werden, denn es ließe sich die Kompensierung durchaus herstellen, indem die Bergarbeiter, die keine Pension erhalten, von der Regierungskommission die Erwerbslosenunterstützung erhalten. Und wenn die Regierungskommission da die Einsicht hat, ließe sich diese finanzielle Belastung kompensieren dadurch, daß sie der Saarknappschaft, die die höhere Belastung der Pension zu tragen hat, Zuschüsse leistet, in der Höhe, die sie für diese Pensionen für die Erwerbslosenunterstützung aufbringen muß. Es fehlt also nur einigermaßen der gute Wille. Auch die Knappschaftsverwaltung im Saargebiet hat bereits diesbezügliche Anregungen ergehen lassen. Auch bedingt es ja höhere Verwaltungskosten dadurch, daß zweierlei Altersgrenzen bestehen, hier im Saargebiet 55 Jahre und im Reich 50 Jahre. Komplizierte unnötige Berechnungen könnten erspart und der Verwaltungsapparat vereinfacht werden, sodaß auch diese gesparten Kosten zugunsten der alten Pensionäre Verwendung finden könnten.

Eine weitere Frage ist zu erwähnen bezüglich der Darlehnsnehmer aus lothringischen Banken. Im Saargebiet gibt es viele dieser Leute, die jetzt in eine peinliche Lage geraten sind. Die Geldgeber haben ihre Darlehen bis zum März 1934 gekündigt. Warum das geschieht, meine Damen und Herren, ist nicht zuletzt auf die Politik der sogen.Deutschen Front zurückzuführen. Ein Trutzbund besteht hier im Saargebiet, um gegen die lothringischen Geldgeber zu trotzen. Aber kein Schutzbund, für die dadurch in Verlegenheit geratenen Darlehnsempfänger eine Ablösung zu schaffen.

Bei den Banken im Saargebiet bekommen sie die Erklärung:Es ist kein Geld da, wir können nichts geben, und so geraten so viele Darlehnsnehmer in die Lage, daß ihr mühsam erhungertes Häuschen unter den Hammer kommt. Hier ist es Pflicht der Regierungskommission einzugreifen. Die kommunalen Kreissparkassen haben jetzt hunderte von Anträgen vorliegen von diesen gekündigten Darlehnsempfängern aus lothringischen Banken. Sie können sie nicht erledigen, und die Kapitalien vom Reich sind ja auch sehr fraglich, die der sogen. Schutz-und Trutzbund für diese Ausgleichungen versprochen hat. Es ist Aufgabe der Regierungskommission, diese in diese Zwangslage versetzten Darlehnsempfänger zu unterstützen und ihnen zu helfen, daß entweder die gekündigten Darlehen verlängert werden durch eine Verordnung der Regierungskommission oder unmittelbar durch die Regierungskommission diese Darlehen abgelöst werden.

Ich habe noch eine andere Sache vorzutragen, die ja

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

ja in den Zusammenhang der ganzen politischen Atmosphäre hineingehört. Wir werden bei der Beratung der weiteren Vorlagen noch mehr zu sagen haben, wie es im Saargebiet aussieht. Aber eins möchte ich schon herausstellen:

Im Saargebiet hat sich in den letzten Wochen der Gleichschaltungspsychose ein unerhörter Zustand herausgebildet. In den Betrieben des Neunkirchener und Völklinger Eisenwerks wurde Hitlers römischer Gruß eingeführt. Dem andersdenkenden Arbeiter wird unter Bedrohung seiner Existenz zugemutet, diesen antideutschen Gruß zu erweisen. Eine Anzahl von Arbeitern, die sich geweigert haben, diesen Grußzwang anzuerkennen, wurden bereits entlassen. Diese Maßnahmen einiger Hüttengewaltigen im Saargebiet sind ein unerhörter Gesinnungsterror, sind Eingriffe in das Koalitionsrecht der Arbeiter. Tausende freigewerkschaftlich orientierte Arbeiter sind auf diesen Hüttenwerken beschäftigt, sie wollen von dem Faschistengruß nichts wissen. Sie erfüllen ihre berufliche Pflicht: Niemand hat ein Recht, dem Hüttenarbeiter seine politische Freiheit zu nehmen. Die Regierungskommission hat in ihrer Proklamation vom 26.Februar 1920 feierlichst verkündet, daß sie die Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer im Saargebiet schützen werde; sie hat jetzt zu zeigen, ob sie zu dem Inhalt dieser Proklamation steht und ob sie in der Lage ist, ihr Geltung zu verschaffen und diesem schamlosen Gesinnungsdruck ein Ende zu bereiten.

Meine Dame und meine Herren! Die politische Leidenschaft im Saargebiet ist durch die fortwährenden Hetzmachenschaften der sogen. Deutschen Front bereits zu einer gewissen Siedehitze angestiegen. Die nach Freiheit und Gerechtigkeit strebende Bevölkerung des Saargebietes, die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft in der Saarindustrie erwarten vom Völkerbund und seiner Regierungskommission, daß sie diese unwürdigen Zustände in aller Kürze beseitigen.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten !)

---

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Wir Kommunisten können nicht zugeben und weisen es auf das allerschärfste zurück, daß unsere emigrierten Klassengenossen im Saargebiet als Verbrecher gestempelt werden. Herr Abgeordneter Levacher hat gesagt, daß diejenigen, die sich 1923 an der separatistischen Bewegung beteiligt haben, Verbrecher und Lumpen sind, so sage ich: Ich bezeichne alle diejenigen, die am 19.Juli 1920 im Presbyterium in St.Johann versammelt waren, um das Saargebiet an Frankreich zu verschachern, als Verbrecher und Lumpen der Saararbeiterschaft.

Der Herr Abgeordnete Braun hat hier erklärt, daß die Kommunisten und alle hier an der Saar Deutsche sind. Die Kommunistische Fraktion gibt dazu folgende Erklärung ab: Wir Kommunisten und mit uns die revolutionäre Arbeiterschaft sind Deutsche auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus.

Zu der Wohnungsfrage habe ich folgendes zu erklären: Die Kommunistische Fraktion verlangt von der Regierungskommission, daß in den Städten und Dörfern, wo die Wohnungszwangswirtschaft noch besteht, die Wohnungszwangswirtschaft bestehen bleibt und überdies, daß sie auf alle Städte und Dörfer des Saargebietes ausgedehnt wird.

Des weiteren verlangen wir als Kommunistische Fraktion, daß die Verteilung von Naturalien, Holz und Kohlen durch die Gemeinden durchgeführt wird. Wir beantragen bei der Regierungskommission, daß den karitativen Verbänden, der NS.Frauenschaft und sonstigen Organisationen bei der Betreuung der Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen aus den Mitteln der Regierung nicht einbezogen werden und daß die Verteilung der Mittel nur durch die Gemeinden erfolgt. Wir beantragen bei der Regierungskommission, daß sie sofort feststellen läßt, ob es stimmt, daß in Wadgassen Schilder an Wohnhäusern angebracht sind, die besagen, daß der Wohnungsinhaber der NSDAP oder der NSBO angehört. Wir sind der Ansicht, daß das nicht mehr und nicht weniger bedeutet als auf alle anderen aufmerksam zu machen, die sich noch nicht gleichschalten ließen.

Ich komme noch zu einer anderen Frage. Wir beantragen, daß die Regierungskommission in der nächsten Vollversammlung des Landesrates darauf antwortet, ob sie bereit ist, das von der Kommunistischen Fraktion bereits vor Monaten eingereichte Amnestiegesetz endlich dem Landesrat zur Begutachtung vorzulegen. Wir beantragen in diesem Gesetz Amnestie für alle proletarisch politischen Gefangenen d.h.all derer, die aus wirtschaftlicher Not oder aus politischen Gründen im Interesse der Arbeiterklasse in's Gefängnis gekommen sind und ferner die Niederschlagung aller diesbezüglichen schwebenden Verfahren.

Zum Schlusse will ich noch Stellung nehmen zu dem Versammlungs-und Demonstrationsrecht der Arbeiter. Wir sehen, daß fast in allen Orten des Saargebietes die Deutsche Front unter irgend welchen Tarnungen Versammlungen durchführen kann.

Wir sind der Auffassung, wenn jemand im Saargebiet das Recht hat Versammlungen durchzuführen, so kann es nur die Arbeiterschaft sein. Wir kündigen an und sagen, daß wir in der nächsten Plenarversammlung noch einmal eingehend auf diese Frage eingehen und beweisen werden, daß nicht nur alltäglich Demonstrationen der Deutschen Front stattfinden, sondern daß allnächtlich Nachtübungen durchgeführt werden, sogar mit Kindern. Wir sagen aber auch, wenn die Regierungskommission nicht in der Lage oder nicht gewillt ist dem Arbeiter im

Saargebiet

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

230

Saargebiet Versammlungs-und Demonstrationsrecht zu geben, daß dann unter Führung der Kommunistischen Partei im Saargebiet die Arbeiter sich die Versammlungs-und Demonstrationsfreiheit nehmen werden.

---

Vorsitzender: Die Deutsche Front hat noch folgenden

Antrag

eingereicht:

" Was gedenkt die Regierungskommission bezüglich der Verordnung betr. Regelung des Wohnungswesens zu tun ? Diese Verordnung läuft am 30.12.1933 ab.
Die Fraktion der Deutschen Front erwartet, daß diese Verordnung nicht mehr verlängert wird."

---

Ich schließe die Sitzung(12 Uhr 10 Minuten ).

- o O o -

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4